



Wir stehen vor großen Herausforderungen.

Von Jörg Ziercke

WIR MÜSSEN die Menschen in unserem Land vor terroristischen Anschlägen und Internetkriminalität schützen, wir müssen Organisierte Kriminalität ebenso bekämpfen wie Wirtschaftsstraftaten. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich Menschen in großen Städten genauso sicher fühlen können wie in kleinen Orten. Wir müssen darauf hinwirken, dass Kriminalität in unseren Städten spürbar reduziert wird und die „gefühlte Sicherheit“ den Menschen ein wirkliches Gefühl von Freiheit gibt.

Was müssen wir also tun, um die innere Sicherheit in unserem Land auch in Zukunft auf einem hohen Niveau zu gewährleisten?

Diese Frage ist heute hoch komplex. Sie wird in unserer globalisierten Welt von einer ganzen Reihe neuerer wirtschaftlicher, politischer und nicht zuletzt technischer Trends bestimmt und führt uns doch immer wieder auch zu längst bekannten Fragen:

- Wie können wir die Bürger in unserem Land so umfassend wie möglich vor Kriminalität schützen und zugleich die Eingriffe in ihre verfassungsrechtlich garantierte Freiheit so gering wie möglich halten?
- Was müssen wir tun, um Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen?
- Und: Welche staatlichen und nicht-staatlichen Akteure müssen wir einbinden? Welche Rollen sollen künftig Staat, Gesellschaft und (Sicherheits-)Wirtschaft übernehmen?

Von der künftigen Sicherheitsarchitektur wird es also abhängen, wie wir die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Um es gleich vorweg zu sagen: Wir können sie nur gemeinsam bewältigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Frage nach der Rolle einzelner Akteure in einer künftigen Sicherheitsarchitektur entscheidet sich mit der Frage, wie wir die zukünftige Entwicklung der inneren Sicherheit in Deutschland bewerten. Daher werde ich die entscheidenden Trends, die in den nächsten zehn bis 20 Jahren zwangsläufig zu einer veränderten Sicherheitsarchitektur führen müssen, zunächst thesenartig skizzieren und kurz auf die entsprechenden Schlussfolgerungen eingehen. Danach werde ich auf die wichtigsten Tragpfeiler einer künftigen Sicherheitsarchitektur zu sprechen kommen, unter besonderer Berücksichtigung der Chancen und Möglichkeiten der Sicherheitsunternehmen in einer sich verändernden Welt.

A. Zunächst drei Thesen zu den Bedrohungen in einer globalisierten Welt:

1. Nicht mehr zwischenstaatliche Konflikte, sondern transnationale Bedrohungsfaktoren dominieren heute. Sie stellen die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit weitgehend in Frage und lassen die klassischen Begrifflichkeiten von Krieg und Frieden veraltet erscheinen.

JÖRG ZIERCKE ist Präsident des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden. Anlässlich der Kongressmesse PUBLIC PRIVATE SECURITY (23. – 24.1.2008) hielt er den hier abgedruckten Vortrag zur Sicherheitslage.

2. Asymmetrische Kriegsführung, failed states, neue Bürgerkriegsökonomien und neue, insbesondere durch die technologische Vernetzung bedingte Verwundbarkeiten moderner Industriegesellschaften haben die Sicherheitsumgebung entscheidend verändert.

3. Strategische Sicherheitsplanung erfordert daher eine langfristige Prognose der Entwicklung von Bedrohungslagen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Daraus ergeben sich Folgen für die nationale Sicherheit und hieraus organisatorische Konsequenzen.

B. Zu den einzelnen Megatrends:

1. Globalisierung gilt als wichtigster Megatrend bis mindestens 2020.

- Die Interdependenz von Gesellschaften wird wachsen, das heißt der Ort von Entstehungsursachen unterschiedlichster Entwicklungen und der Ort, an dem die Wirkungen dieser Entwicklungen eintreten, driften immer weiter auseinander.
- Die Handelsnation Deutschland profitiert erheblich von der weltwirt-

schaftlichen Integration der Volkswirtschaften Lateinamerikas und Südasiens, um nur zwei Regionen zu nennen. Dieser Prozess wird aber durch eine Reihe von Faktoren gebremst bzw. bedroht: internationaler Terrorismus, Pandemien, Umweltkatastrophen, Energiepreisschocks sowie die Verteilungsfrage.

- Die mit dem Globalisierungsprozess einhergehende Umverteilung globaler Ressourcen hat zu einer stark ungleichen ökonomischen Einkommens- und damit Machtverteilung geführt. Hier drohen Legitimierungsdefizite und Ansatzpunkte für fundamentalistische politische Ideologien.

2. Demografie, illegale Migration und Integrationsprobleme:

- Überalterung, Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung und wachsender Migrationsdruck prägen als Hauptfaktoren das demografische Bild insbesondere in Deutschland.
- Integrationsprobleme in vielen europäischen Metropolen - Paris, Madrid, auch Berlin/Neukölln und andernorts - werden sich verstärken.
- 2030 werden mehr als 60% der Menschen weltweit in Städten leben. Es droht der Kollaps urbaner Zentren durch rasantes Wachstum von „Megastädten“, die zu stabilitätspolitischen Großrisiken werden: „Verstädterung“ der Armut, Obdachlosigkeit, rapide steigende Verbrechenshäufigkeit, Herausbildung von „Mega Slums“, subkulturelle Milieus und Parallelgesellschaften mit spezifischen Wert- und Normvorstellungen. Ein entwurzeltetes Stadtproletariat könnte als Rekrutierungsbasis für Terrorismus und Organisierte Kriminalität dienen.

3. Islamismus und Terrorismus:

- Ein ideologisches Vakuum, zerfallende Staatlichkeit und ethnische Fragmentierungsprozesse in großen Teilen der Dritten Welt lassen religiöse Tra-

ditionen zu letzten transnationalen Identitätsstiftern werden.

- Das postreligiöse Zeitalter im Westen kollidiert mit Bedeutungszuwachs religiöser Bezüge außerhalb Europas sowie mit der zunehmenden Bedeutung des Diaspora-Islam in Europa. Eine aus vielen Gründen verursachte antiwestliche Grundhaltung droht namentlich im islamischen Kulturkreis zu wachsen.
- Die derzeit unmittelbarste Gefahr für unsere Sicherheit geht von in länderübergreifenden Netzwerken verbundenem Terrorismus aus. Obgleich die Opferzahlen vor allem in westlichen Ländern bislang gering blieben, entfaltet der Terror psychologisch und politisch die höchste Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung.

4. Organisierte Kriminalität

- Der Drogenhandel bleibt eine der einträglichsten Schattenwirtschaften mit immensen sozialen Folgekosten und einer weltweit erheblichen Menge an Drogentoten jedes Jahr.
- Auch der Menschenhandel hat zuletzt deutlich zugenommen, Prostitution gilt als einer der Wachstumsmärkte der Zukunft.

5. Staatszerfall

- In Teilen Afrikas und Asiens wird die politische Stabilität neben Globalisierungsfolgen durch Versorgungs- und Verteilungsprobleme beeinträchtigt.
- Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale

CONFIRMO GmbH ASSEKURANZ

Versicherungsmakler für

Detekteien und Bewachungsunternehmen seit über 10 Jahren

HAFTPFLICHT (höhere Versicherungssummen sind möglich!)

Bewachung nach § 34a GewO.

Personenschutz, Schusswaffe, Hund... ab **235,00 €***

1.500.000 € Personenschäden

500.000 € Sachschäden

50.000 € Vermögensschäden

50.000 € Abhandenkommen bewachter Sachen

25.000 € Schlüsselverlust

1.500.000 € Umweltbasis

Weitere Haftpflichtversicherungen:

D&O (Vermögensschadenhaftpflicht für Geschäftsführer)

Vertrauensschadenversicherung

Rechtsschutzversicherung: ab **309,25 €***

Gewerbe-, Privat-, Verkehr-,

Mietrechtsschutz mit SPEZIAL-STRAF- RECHT*

* Jahresprämien zzgl. gesetzlicher Versicherungssteuer. Stand 09.2007

Rund 80 Versicherungsgesellschaften im Vergleich !

Wir beraten unabhängig und objektiv!

Büroinhalt / Elektronikversicherung

Lösegeldversicherung

Unfallversicherung (Immunpolice)

Berufsunfähigkeit

KFZ

Schwere Krankheiten Vorsorge

Krankenversicherung

steuerlich geförderte BASIS-Rente

Vermögensverwaltung

Einrichtung betrieblicher Altersversorgungen

CONFIRMO ASSEKURANZ GmbH,

Thomas Anwander, Wolfratshauer Str.56, 81379 München

Tel: 089-35 80 83-0, Fax: 089- 358 08 358

email. anwander@confirmo.de

Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Die Folge ist häufig privatisierte Gewalt: „Warlords“ kontrollieren Territorien und Schattenökonomien wie Drogen- und Menschenhandel, Waffenschmuggel sowie Rohstoffgeschäfte.

6. Regionalkonflikte:

- Eine Reihe nationalistisch, religiös oder ethnisch motivierter regionaler Gewaltkonflikte haben seit den 90er-Jahren an Intensität zugenommen und lang andauernde Destabilisierungsquellen gebildet. Bürgerkriege dominieren heute gegenüber zwischenstaatlichen Konflikten.
- Ungelöste politische Konflikte an der Peripherie des Stabilitätsraums Europa und in weiter entfernten Regionen (Afghanistan, Irak, Nahost, Balkan, Kaukasus/Zentralasien/Tschetschenien) berühren zunehmend auch die Sicherheit Deutschlands und seiner europäischen Partner.

7. Störungen kritischer Infrastrukturen

- Deutschland ist aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonders an internationaler Stabilität, ungehindertem Warenaustausch und damit funktionierenden Transport-, Energie-, Informations- und Kommunikationssystemen interessiert. Daraus ergibt sich eine für moderne Gesellschaften typische Verwundbarkeit, die der internationale Terrorismus vermehrt zu Angriffen auf Infrastrukturen in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation, Transport, Gesundheit und Finanzsystemen nutzen könnte. Technologische Revolutionen namentlich im Informations- und Kommunikationsbereich schaffen neue Bedrohungen der inneren Sicherheit. Klassische terroristische Anschläge durch Sprengsätze, wie wir sie heute noch erleben, können künftig einem Cyberterrorismus mit weit größerem Schadenspotenzial weichen.

8. Veränderte Staatsrolle in einer globalisierten Welt

- Die Handlungsfähigkeit des souveränen Nationalstaats geht zurück. Subnationale Akteure wie Terror- und OK-Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und transnationale Konzerne spielen dagegen zunehmend eine Rolle.
- Eine wachsende Zahl von Nationalstaaten kann seine Staatsfunktion unter diesen Rahmenbedingungen nur noch begrenzt wahrnehmen. Private Sicherheitsanbieter sind dort gefragt denn je. Insgesamt ist eine Privatisierung der Sicherheit als Megatrend erkennbar.

C. Strategische Schlussfolgerungen aus den Megatrends für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

welche strategischen Folgerungen sind zunächst für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit aus diesen Megatrends zu ziehen? Welche Rollen werden Staat, Gesellschaft und Sicherheitswirtschaft dabei in Zukunft spielen?

1. Es ist offenkundig, dass die verschiedenen Sicherheitsaspekte angesichts der geschilderten Vielfalt der Bedrohungen zukünftig nicht mehr einer einzigen staatlichen Sicherheitsagentur wie der Polizei, den Gerichten, den Sozialbehörden etc. zugewiesen werden können. Einen solchen eindimensionalen Ansatz halte ich im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen nicht mehr für realitätsgerecht. Für eine effektive deliktsbezogene Ursachenforschung und Bekämpfung von Kriminalität sind Kooperationspartner aus unterschiedlichen Bereichen unentbehrlich.

Wir müssen unsere Kräfte daher noch stärker bündeln und Synergieeffekte aus zielgerichteter Kooperation systematisch entwickeln, um zukünftigen komplexen

Bedrohungslagen begegnen zu können. Auf dem Fundament eines erweiterten Sicherheitsbegriffs müssen wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der den Überschneidungen und Verflechtungen der unterschiedlichen Sicherheitsaspekte im Sinne einer umfassenden Sicherheitsgewährleistung Rechnung trägt. Dabei müssen wir uns vorab die Frage stellen: „Wer kann eine bestimmte Leistung am besten erbringen?“

2. Der Staat hat das Gewaltmonopol und ist in seiner Funktion ein Garant gegenüber dem Staatsvolk. Daraus resultiert jedoch kein Sicherheitsmonopol. Das hoheitliche Handeln zur Garantie der inneren Sicherheit wird sich in Zukunft weg von der Leistungspflicht und hin zur Gewährleistungspflicht entwickeln. Andere Akteure wie private Sicherheitsunternehmen werden einen großen Teil jener Aufgaben wahrnehmen, die kein hoheitliches Handeln erfordern. Private Sicherheitsdienstleister stellen mit ihren über 150.000 Beschäftigten in Deutschland bereits heute neben den staatlichen Sicherheitsbehörden eine unverzichtbare Größe im Gebäude der inneren Sicherheit dar.

In Anbetracht defizitärer Haushalte in Bund und Ländern kämen Entlastungen im Übrigen den wichtigen hoheitlichen Kernaufgaben der Polizei zugute. Selbstverständlich darf es dabei jedoch keine Verwässerung der Verantwortungszuordnung geben. Die Verteilung der Zuständigkeiten bedarf einer klaren gesetzlichen Regelung.

3. Je stärker die Infrastrukturen von Staaten im Zuge von Internationalisierung und Globalisierung miteinander vernetzt werden, desto weniger sind Auswirkungen von Krisen und Konflikten national begrenzt und desto mehr wird eigene Sicherheitspolitik von Entscheidungen und Ereignissen in anderen Staaten und Regionen der Welt beeinflusst. Wir brauchen also eine sinnvolle Vorverlagerungsstrategie, um Gefahren an der

Quelle zu bekämpfen. Das bedeutet einen Aufgabenzuwachs für die Polizei und erfordert eine Auslagerung polizeilicher Ressourcen. Dieses neue Aufgabenfeld im Ausland führt uns also auch zu der Überlegung, inwieweit die im Inland zu erfüllenden nicht hoheitlichen Sicherheitsaufgaben von anderen Akteuren übernommen werden können.

4. Sicherheit muss angesichts des geschilderten Bedrohungsszenarios auf Maßnahmen und Instrumente ausgerichtet sein, die in der Lage sind bzw. sein sollen, zukünftige Risiken und Schäden zu beseitigen. Wollen wir daher Kriminalität in all ihren Facetten wirksam bekämpfen, müssen wir bestrebt sein, eine fundierte Risikoeinschätzung vorzunehmen. Um es mit den Worten eines Polizisten zu sagen: Wir müssen vor die Lage kommen! Dies setzt eine umfassende Früherkennung und Frühaufklärung – ein Frühwarnsystem – voraus. Nur auf der Basis eines engmaschig geknüpften und breit angelegten Informationsnetzwerkes können wir auf weltweite Gefahren, Bedrohungen und Risiken adäquat und zeitgerecht reagieren. Hierfür sind die unterschiedlichsten Wissensträger, zu denen auch private Sicherheitsdienstleister gehören, notwendig.

5. Nach meiner Überzeugung muss Kriminalitätsbekämpfung daher – viel intensiver als bisher – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden und die Gesellschaft den oft beschworenen mündigen Bürger stärker in die Pflicht nehmen. So sollte zum Beispiel die zukünftig zu erwartende noch stärkere Auseinandersetzung mit jeglichen Formen des politischen und religiösen Extremismus noch mehr als bisher als Aufgabe der gesamten Gesellschaft verstanden werden. Jeder Einzelne, jede Gruppe und jede Organisation kann nach ihren Möglichkeiten im jeweiligen Umfeld ein Zeichen setzen.

6. Insgesamt müssen wir unsere Anstrengungen vor allem auf die Prävention konzentrieren, eine gesamtgesellschaftliche, interdisziplinäre und ressortübergreifende Aufgabe, in welche die Bürgerinnen und Bürger direkt einbezogen werden sollten. Das Ziel, Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen, sollte nicht nur im Sinne der potenziellen Opfer eine hohe Priorität genießen: Auch unter dem Aspekt begrenzter Ressourcen müssen wir hier große Anstrengungen unternehmen, um diese nicht letztlich für repressive Maßnahmen aufwenden zu müssen. Dabei dürfen wir trotz der erwähnten globalen Risiken nicht vergessen, dass der überwiegende Teil der Straftaten seine Ursachen noch immer im sozialen Bereich hat. Erforderlich ist also eine konsequent präventiv ausgerichtete kommunale Kriminalpolitik. Kommunalpolitikern muss bewusst sein, dass kommunale Politikentscheidungen Einfluss haben auf Jugendkriminalität, Drogenkriminalität, Straßenkriminalität, Gewaltkriminalität, auf jegliche Tatgelegenheiten genauso wie eben auf das so produzierte Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.



v.l.n.r.: Dr. Harald Olschok (BDWS), Rainer Wendt (DPoIG), Wolfgang Waschulewski (BDWS), Sven-Erik Wecker (DPoIG)

Zu einem Gespräch über Möglichkeiten und Grenzen der Aufgabenerledigung durch private Sicherheitsunternehmen kamen der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS), Wolfgang Waschulewski und der Hauptgeschäftsführer des BDWS, Dr. Harald Olschok, mit dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft DPoIG Rainer Wendt und Bundesgeschäftsführer Sven-Erik Wecker am 31. Januar 2008 in Berlin zusammen.

Personalbedarfsplanungen der Polizei, der mitunter bestehende Bewerbermangel sowie Fragen des Mindestlohnes im privaten Sicherheitsgewerbe waren wesentliche Inhalte des Gesprächs.

Im Gesamtsystem Kriminalprävention fällt Städten und Gemeinden – vor allem deren Bürgermeistern – eine Schlüsselrolle zu. Kriminalprävention ist Bürgermeisterpflicht! Damit ist aber keineswegs gemeint, dass sie die alleinige Verantwortung tragen.

In diesem Sinne müssen wir das aus dem angelsächsischen Raum bekannte Konzept des Community Policing (CP), das wir als gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit verstehen, weiter verfolgen. Die Erfolgsgeschichte der mittlerweile etwa 2000 kriminalpräventiven Räte auf kommunaler Ebene müssen wir fortsetzen. Dort arbeiten, überwiegend ehrenamtlich, Vertreter der Stadtverwaltung mit Sozialarbeitern, Psychologen, Lehrern, Architekten, privaten Sicherheitsdienstleistern sowie Vertretern von Polizei und Justiz zusammen. Kurz gesagt: Die gesamte Bandbreite unserer Gesellschaft ist Träger eines solchen kommunalen Forums. Als klar definiertes Ziel haben alle vor Augen: Kriminalität und deren Ursachen soll dort entgegengewirkt werden, wo sie entsteht.

Der Polizei kommt dabei eine wichtige konzeptionelle, häufig initiiierende Rolle zu, ohne daraus jedoch einen Führungsanspruch für sich abzuleiten, den die Polizei auch nicht wahrnehmen sollte. Typische Aufgabenfelder dieser Gremien sind zum Beispiel die Erstellung differenzierter Sicherheitsanalysen auf lokaler Ebene (sogenannte kriminologische Regionalanalysen), die Ermittlung von Kriminalitätsschwerpunkten in räumlicher

und deliktischer Hinsicht, die Entwicklung angepasster Präventionsstrategien und -konzepte, aber auch Öffentlichkeitsarbeit sowie Aufklärung und Information.

7. Schließlich ist zur Kriminalitätsbekämpfung die enge Verzahnung einer Vielzahl von Akteuren nicht nur auf nationaler, sondern vor allem auf internationaler Ebene unumgänglich. Innere Sicherheit in Deutschland, die deutsche Sicherheitsarchitektur, muss von Europa her gedacht werden.

D. Chancen und Möglichkeiten privater Sicherheitsdienstleister in einer sich verändernden Welt

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Zusammenhang mit den global zu betrachtenden Entwicklungen wird die strategische Kooperation mit den privaten Sicherheitsdienstleistern in Deutschland eine besondere Bedeutung erhalten. Gerade im Hinblick auf den ganzheitlichen Ansatz der Kriminalitätsbekämpfung sind die Potenziale für eine engere Kooperation mit den Polizeien noch deutlich entwicklungsfähig. Wie lässt sich das unbestrittene Leistungspotenzial der Privaten sinnvoll und rechtsstaatlich zulässig zum Beispiel in eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft integrieren?

1. Die zunehmende Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben in Verbindung mit dem Abbau personeller Ressourcen wird zukünftig zu erkennbaren Präventionsdefiziten führen, auch in der Verkehrssicherheitsarbeit. Sicherheitsunternehmen sollten daher ihr spezifisches Präventionsprofil rechtzeitig schärfen. Orts- und bürgernahe Präventionsarbeit schafft Vertrauen, stärkt das Sicherheitsgefühl und ist psychologisch sehr positiv besetzt.

2. Sicherheitsunternehmen scheinen immer noch ein Image- und Wahrnehmungsproblem zu haben. Wird für die

Marke Private Sicherheit offensiv genug geworben? Werden die Erfolge bei der Eurobargeld-Einführung und bei der WM 2006 ausreichend als qualifizierte Sicherheitsleistung von privaten Unternehmen wahrgenommen, die die Polizei nicht hätte leisten können? Vorrangig erscheint mir der Ausbau des Images der Sicherheitsunternehmen als Präventionsspezialisten im kommunalen Bereich und für mittlere und große Unternehmen mit einem ganzheitlichen Gestaltungsansatz!

3. Sicherheitsunternehmen müssen in einer globalisierten Welt das umfassende Produkt einer ganzheitlichen Sicherheitsberatung anbieten. Dazu gehören die Früherkennung, die Lage- und Gefährdungsbewertung aus „Open sources“ und eine noch stärkere Spezialisierung. Dazu gehört auch die partnerschaftliche Einbindung in das polizeiliche Lagebild und in einen systematisierten Informationsaustausch.

4. Sicherheitsunternehmen sollten noch stärker technische Präventionsspezialisten sein. Der Stellenwert einer eng verstandenen fachtechnischen Beratung auf hohem technologischem Niveau wird wachsen und kann von der Polizei nicht nennenswert geleistet werden.

5. Sicherheitsunternehmen sollten nicht „auf die Brotkrumen starren, die vom Tisch der Polizei fallen“. Positiver Wettbewerb, insbesondere auf kommunaler Ebene ist nötig, da sich hier die Reduktion der Polizei auf Kernaufgaben besonders auswirken wird. Der Rückzug aus der Fläche ruft nach kommunaler Schwerpunktsetzung der Privaten, da das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung auch in Zukunft besonderen Belastungen ausgesetzt sein könnte.

6. Die besonderen Stärken der Sicherheitsunternehmen liegen in der größeren Flexibilität, in der schnelleren Innovations- und Investitionsfähigkeit. Werden diese Vorteile im Wettbewerb mit der

Polizei ausreichend erkannt und genutzt? Wird vor diesem Hintergrund Tendenzen eigener Bürokratisierung hinreichend entgegengewirkt?

7. Private Sicherheitsunternehmen könnten noch wichtiger werden als Helfer beim Aufbau demokratischer Polizeien in Krisengebieten oder als Servicedienstleister bei Katastrophenlagen im Inland oder Ausland. Insbesondere gilt es, das Engagement für die Sicherheit der kritischen Infrastrukturen des Staates und der Wirtschaft strategisch auszubauen.

8. Was sollten private Sicherheitsunternehmen nicht sein? Vor allem keine Kopie der Polizei! Sie dürfen auch nicht das Image eines Dienstleisters für ‚dirty jobs‘ sein, wie wir das aus anderen Staaten kennen. Sie haben ein eigenes, starkes und positives Profil. Darin liegt ihre Zukunft!

E. Fazit

Die zukünftige Sicherheitsarchitektur zu gestalten, ist ein dynamischer und mit vielen Variablen versehener Prozess. Ausgehend von der eingangs erwähnten Frage nach den Chancen und Möglichkeiten der einzelnen Akteure, eine bestimmte Leistung am besten zu erbringen, müssen wir das komplexe Gefüge unserer Sicherheitsarchitektur in die richtige Balance bringen: So wie wir eine angemessene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit brauchen, müssen wir auch die richtige Balance zwischen notwendigerweise hoheitlichen Kompetenzen und Aufgaben finden, die von nichtstaatlichen Akteuren erfüllt werden. Dabei müssen wir den ganzheitlichen Ansatz konsequent verfolgen, der neben Polizei und Sicherheitswirtschaft nicht zuletzt die Kommunalpolitiker in die Verantwortung nimmt. Ich bin fest überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, um die eingangs dargestellten Herausforderungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu bewältigen. ●